

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die Sitzung des

GEMEINDERATES

Tag: 15.09.2010 **Ort:** Gemeindeamt Wöllersdorf
Beginn: 19:00 Uhr **Ende:** 21:20 Uhr
Einladung erfolgte am: 08.09.2010 **per:** durch Kurrende per Mail

ANWESEND WAREN:

Bürgermeister: Ing. Gustav Glöckler
Vizebürgermeister: Hannes Ebner

Die Mitglieder des Gemeinderates:

1. gf. GR.:	Grabenwöger Christian	2. gf. GR.:	Heim Michael
3. gf. GR.:	Mohl Hubert	4. gf. GR.:	Pusterhofer Claudia
5. GR.:	Schifer Albert MSc	6. GR.:	Schreiner Sabine
7. GR.:	Schmidt Kurt	8. GR.:	Waxhofer Herbert
9. GR.:	Gölles Joachim	10. GR.:	Opavsky Thomas (ab 19:10 Uhr)
11. GR.:	Pfaffelmaier Florian	12. GR.:	Rinner Marko
13. GR.:	Volk Gabrielle	14. GR.:	Ebner Bernadette
15. GR.:	Preinsperger Erhard	16. GR.:	Toth Peter
17. GR.:	Fenz Wolfgang	18. GR.:	Dkfm. Czujan Richard
19. GR.:	Postl Helmut	20. GR.:	Eder Ida Theresia
21. GR.:	Nowak Heinrich		

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

1.: Derflinger Edith (Schriftführerin) 2.: Mitterhöfer Lucia (Kassenverwalter)

ENTSCHULDIGT ABWESEND WAREN:

-

NICHT ENTSCULDIGT ABWESEND WAREN:

-

Vorsitzender: Bürgermeister Ing. Gustav Glöckler

Die Sitzung war öffentlich.
Die Sitzung war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 30.06.2010
2. Bericht über die Gebarungsprüfung
3. Protokolle der konstituierenden Sitzungen:
 - a) Wohnungs- und Umweltausschuss
 - b) Finanzausschuss
 - c) Kultur- und Sportausschuss
 - d) Ausschuss für Schule, Kindergärten und Jugend
 - e) Bau- und Infrastrukturausschuss
4. Bericht des Amtes der NÖ Landesregierung, Abt. IVW3, vom 21. Juli Zl. IVW3- A-3233701/006-2010, über das Ergebnis der durchgeführten Gebarungseinschau; Stellungnahme
5. Verleihung des silbernen u. goldenen Ehrenzeichens
6. Bestellung des Umweltgemeinderates gem. § 9 des NÖ Umweltschutzgesetzes
7. Ernennung: Jugendgemeinderat
8. ABA Steinabrückl, Bauabschnitt 11, Kanalauswechslungen und Kanalsanierung; Auftragsvergabe (Angebot DI Micheljak vom 24.08.2010)
9. Petition des Gemeinderates an den Herrn Landeshauptmann und Frau Unterrichtsministerin bezüglich Unterstützungsansuchen der Eltern-Lehrer-Schüler-Initiative zur Erhaltung der Bildungsvielfalt in Wiener Neustadt
10. Entschärfung Verkehrssituation: Mitterweg / Daimlergasse

VERLAUF DER SITZUNG

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und begrüßt die Damen und Herren Gemeinderäte sowie die interessierten Zuhörer recht herzlich.

Vor Eingang in die Tagesordnung bringt **Bürgermeister Ing. Gustav Glöckler** gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung 1973 **folgenden Dringlichkeitsantrag** ein: (schriftlicher Antrag liegt im Original bei)

Vergabe von Asphaltierungsarbeiten:

- **Mozartgasse**
- **Parkplatzherstellung Gemeindeganzlei**

Sachverhalt:

Es wurden drei Firmen zur Angebotslegung eingeladen. Wobei jeweils die Firmen Lang und Menhofer (Angebot vom 03.09.2010) und Firma Granit (Angebot vom 30.08.2010) als Billigstbieter aufscheinen.

Antrag des Bürgermeisters:

a) Der Gemeinderat möge beschließen die Gesamtsumme in der Höhe von € 15.899,04 von der HH – Stelle 5/6121-002 zu nehmen. Budget auf dieser HH-Stelle € 20.000,00.

b) Der Gemeinderat möge folgende Aufträge vergeben:

Firma Granit: Mozartgasse € 6.334,31

Firma Lang und Menhofer: Parkplatzherstellung Gemeindekanzlei € 9.564,73

Die Preise verstehen sich inkl. MWSt.

Begründung:

Die vor angeführte Angelegenheit wurde nach Erstellung der Tagesordnung aktuell.

Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit:

Dem Antrag von Bürgermeister Glöckler wird **einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.**

Die Angelegenheit wird unter Punkt 11 behandelt.

Weiters bringt die Fraktion der **ÖVP Wöllersdorf-Steinabrückl** gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung 1973 **folgenden Dringlichkeitsantrag** ein:
(schriftlicher Antrag liegt im Original bei)

Aufnahme folgenden Tagesordnungspunktes:

Zur Verfügungstellung des **Innenhofes**/Gemeindeobjekt am Hauptplatz 11-12, auch bekannt als ehemaliges „**Schwarz Wirtshaus**“ in Wöllersdorf – als öffentlichen Parkplatz – von solanger Dauer, als der Gemeinderat benötigt, um ein wirtschaftliches Gesamtkonzept erstellen zu können, was die Nachnutzung der Liegenschaft betrifft.

Sachverhalt:

Das Objekt EZ: 21, GSt.Nr.: Bfl. .54 steht seit August 2008 im Eigentum unserer Marktgemeinde. Bis zum heutigen Tag wurden noch keine Überlegungen betreffend der Nachnutzung angestellt. Es sind keine Projektierungsarbeiten im laufen. Aufgrund vieler Anfragen aus der Bevölkerung und der bevorstehenden Wintersaison, ist es notwendig, für ausreichend Parkraum innerhalb des Marktzentrums von Wöllersdorf zu sorgen. Es wäre jedoch leicht möglich, den Innenhof als Parkplatz der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Lediglich die im Innenhof mittig platzierte Überdachung müsste entfernt sowie der Boden mittels Recyclingmaterial befestigt werden. Eine Kostenschätzung welche die ÖVP eingeholt hat, würde sich auf rd. € 30.000,-- belaufen. In Anbetracht der Tatsache, dass dieses Mittelobjekt ohnehin bei jeglicher Verwendung des Areals entfernt werden müsste, handelte es sich in diesen Zusammenhang um keine Mehraufwendungen für die Gemeinde. Im 1. NTVA 2010 wurde für die Sanierung des Objektes Hauptplatz eine Summe von € 30.000,-- veranschlagt HH-Stelle 5/8539-614.

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, den Innenhof des Areals am Hauptplatz 11-12 in Wöllersdorf „ehemaliges Schwarz Wirtshaus“ der Öffentlichkeit als Parkplatz zur Verfügung zu stellen. Hierzu sollen für den Abriss des Mittelobjektes sowie für die Befestigung des Bodens mittels Recyclingmaterials, jeweils drei Angebote eingeholt werden und ist der Auftrag an den/die Billigstbieter umgehend im Wege des Gemeindevorstandes zu erteilen. Die Gesamtkosten dürfen € 30.000,-- jedenfalls nicht überschreiten.

Hierzu sollen die im 1. NTVA 2010 unter der HH-Stelle 5/8539-614 budgetierten Mitteln herangezogen werden.

Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit:

Dem Antrag der **ÖVP** wird **die Dringlichkeit nicht zuerkannt**.

Abstimmungsergebnis:

dafür: ÖVP, UGI, FPÖ, GR Preinsperger
dagegen: SPÖ (ohne GR. Opavsky), Vbgm. Ebner,
GR Ebner, GR Toth, GR Fenz

Weiters bringt die Fraktion der **ÖVP Wöllersdorf-Steinabrückl** gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung 1973 **folgenden Dringlichkeitsantrag** ein:
(schriftlicher Antrag liegt im Original bei)

Aufnahme folgenden Tagesordnungspunktes:

Errichtung eines Kinderspielplatzes im Bereich der Michaelskapelle/Hillergrund in Steinabrückl.

Begründung:

Nachdem der Kinderspielplatz im Zentrum von Steinabrückl aufgrund des Neubaus KIGA Wassergasse entfernt wurde und im Umkreis eine hohe Bevölkerungsdichte herrscht, (Gemeindeobjekte) ist es unumgänglich, für eine Spielstätte zu sorgen. In diesem Zusammenhang könnte die Parkanlage bei der Michaelskapelle mit vorhandenem Teich wieder revitalisiert und sehr liebevoll in Verbindung eines Kinderspielplatzes gestalten werden.

Im Nachtragsvoranschlag 2010 sind unter dem Ansatz 1/815000-006000 entsprechende Mitteln vorgesehen.

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, im Bereich der Michaelskapelle /Hillergrund in Steinabrückl unter Einbeziehung/Revitalisierung des Parks samt Teichanlage einen neuen Kinderspielplatz zu errichten, sowie die Ausarbeitung des Projektes dem Ausschuss für Bau- und Infrastruktur zuzuweisen, welcher diese dem zuständigen Kollegialorgan bis spätestens Februar 2011 zur weiteren Entscheidung, vorzulegen hat.

Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit:

Dem Antrag der **ÖVP** wird **einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt**.

Die Angelegenheit wird unter Punkt 12 behandelt.

Die **FPÖ-Gemeinderatsfraktion Wöllersdorf-Steinabrückl** bringt gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung 1973 **folgenden Dringlichkeitsantrag** ein:
(schriftlicher Antrag liegt im Original bei)

Antrag:

Der Gemeinderat möge den Beschluss fassen, die Bearbeitung des Ortstaxisystems (Anrufsammeltaxi) dem Bau- und Infrastrukturausschuss zuzuweisen.

Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit:

Dem Antrag der **FPÖ** wird **die Dringlichkeit zuerkannt**.

Abstimmungsergebnis:

dafür:	SPÖ (ohne GR Opavsky), FPÖ, UGI, GR Preinsperger
enthalten:	ÖVP
dagegen:	Vbgm. Ebner, GR Ebner, GR Toth, GR Fenz

Die Angelegenheit wird unter Punkt 13 behandelt.

Die **Bürgerliste Wöllersdorf-Steinabrückl** bringt gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung 1973 **folgenden Dringlichkeitsantrag** ein:
(schriftlicher Antrag liegt im Original bei)

Aufnahme folgenden Tagesordnungspunktes:

Betriebsansiedlung Klärschlamm-Verbrennungsanlage; Firma KALOGEO Anlagenbau GmbH

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, alle rechtlichen Möglichkeiten und Rechtsmittel auszuschöpfen, um die Errichtung und den Betrieb der Klärschlamm-Verbrennungsanlage (Firma KALOGEO Anlagenbau GmbH) in Wöllersdorf-Steinabrückl zu untersagen bzw. zu verhindern.

Begründung:

Durch die Errichtung und den Betrieb der Klärschlamm-Verbrennungsanlage wird die Lebensqualität in unserer Gemeinde massiv negativ beeinträchtigt. Da es u.a. auch massive Anrainerproteste gibt, sehen wir uns bestärkt darin, nicht nur die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, sondern auch auf das Gesamtwohl unserer lebenswerten Gemeinde Bedacht zu nehmen.

Die Fraktion der ÖVP Wöllersdorf-Steinabrückl tritt diesem Antrag bei.

Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit:

Dem Antrag der **Bürgerliste** wird **die Dringlichkeit zuerkannt**.

Abstimmungsergebnis:

dafür:	SPÖ, Vbgm. Ebner, GR Ebner, GR Toth, GR Fenz, ÖVP, GR Dkfm. Czujan, GR Postl
enthalten:	gf. GR Pusterhofer, UGI, GR Preinsperger

Die Angelegenheit wird unter Punkt 14 behandelt.

Die **SPÖ Wöllersdorf-Steinabrückl** bringt gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung 1973 **folgenden Dringlichkeitsantrag** ein:
(schriftlicher Antrag liegt im Original bei)

Aufnahme folgenden Tagesordnungspunktes:

Position des Gemeinderates bezüglich Errichtung einer Klärschlammverbrennungsanlage in Wöllersdorf-Steinabrückl

Antrag:

Der Gemeinderat möge sich klar und eindeutig zu der geplanten Errichtung einer Klärschlammverbrennungsanlage positionieren, und sich auf eine gemeinsame Linie einigen.

Begründung:

Nachdem der Informationstag der Firma Kalogeo bereits morgen statt findet, ist es von Nöten, den Bürgern eine Position des Gemeinderates darzulegen. Seitens der SPÖ-Fraktion Wöllersdorf-Steinabrückl-Feuerwerksanstalt wird folgende Position vertreten. Betriebsansiedlungen halten wir für unbedingt notwendig und förderungswürdig. Jedoch nicht auf dem Rücken der Bevölkerung. Wir befinden, dass die Lebensqualität in der Umgebung des Projektes definitiv eingeschränkt wird. Daher lehnen wir jedwede Unterstützung dieser Anlage ab, und ersuchen den Gemeinderat, jedes Rechtsmittel zur Verhinderung dieser Anlage auszuschöpfen.

Die Fraktion der ÖVP Wöllersdorf-Steinabrückl tritt diesem Antrag bei.

Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit:

Dem Antrag der **SPÖ** wird **die Dringlichkeit zuerkannt**.

Abstimmungsergebnis:

dafür:	SPÖ, Vbgm. Ebner, GR Ebner, GR Toth, GR Fenz, ÖVP, GR Dkfm. Czujan, GR Postl
enthalten:	gf. GR Pusterhofer UGI, GR Preinsperger

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Anträge der Bürgerliste und der SPÖ unter dem Tagesordnungspunkt 14 zusammenzufassen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 30.06.2010

Die Bürgerliste Wöllersdorf-Steinabrückl erhebt gegen den Inhalt der Verhandlungsschrift vom 30.06.2010 Einwendungen gemäß § 53 Abs. 5 NÖ Gemeindeordnung 1973 wie folgt: (schriftlicher Einwand liegt im Original bei)

Die unrichtige Darstellung:

Seite 22, Abänderung der Abfallwirtschaftsverordnung

Abstimmungsergebnis:

Stimmen dagegen: BL, GR Postl, gf. GR Pusterhofer

ist durch folgende Formulierung mittels Beschluss zu ersetzen:

Abstimmungsergebnis:

Stimmhaltungen: BL

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Verhandlungsschrift wird, entsprechend dem Einwand, handschriftlich korrigiert.

Weiters werden Tippfehler korrigiert und das Protokoll nach den Abänderungen genehmigt und unterfertigt.

2. Bericht über die Gebarungsprüfung

Herr Bürgermeister Ing. Gustav Glöckler übergibt dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Herrn GR Kurt Schmidt das Wort.

GR Schmidt berichtet, dass bei der unvermuteten Gebarensprüfung am 07.09.2010 keine Mängel festgestellt wurden.

Gf. GR Hubert Mohl erhebt Einwand bezüglich der ordnungsgemäßen Verständigung der Mitglieder des Ausschusses über die bevorstehende Prüfung. Er erwartet einen Beweis über die korrekte Einladung des Ausschussmitgliedes GR Marko Rinner.

GR Schmidt reicht die Sendebestätigung über die Einladung nach.

3. Protokolle der konstituierenden Sitzungen:

a) Wohnungs- und Umweltausschuss

b) Finanzausschuss

c) Kultur- und Sportausschuss

d) Ausschuss für Schule, Kindergärten und Jugend

e) Bau- und Infrastrukturausschuss

Die Protokolle der einzelnen Ausschüsse werden vom Gemeinderat einstimmig zur Kenntnis genommen.

GR Bernadette Ebner berichtet als Vorsitzende des Kultur- und Sportausschusses über die Begehungen der Kinderspielplätze in Wöllersdorf und Steinabrückl durch die Ausschussmitglieder und teilt mit, dass der Spielplatz bei der Volksschule Wöllersdorf sanierungsbedürftig ist. Alle anderen Spielplätze sind in einem durchaus passablen Zustand und wurden auch kürzlich durch einen Professionisten überprüft.

Bgm. Glöckler weist GR Ebner darauf hin, dass Gemeinderatsausschüsse lt. NÖ Gemeindeordnung nicht in der Öffentlichkeit auftreten dürfen und bittet darum, künftig solche Berichte in einer öffentlichen Sitzung zu unterlassen.

4. Bericht des Amtes der NÖ Landesregierung, Abt. IVW3, vom 21. Juli Zl. IVW3- A-3233701/006-2010, über das Ergebnis der durchgeführten Gebarungseinschau; Stellungnahme

Der beiliegende Bericht des Amtes der NÖ Landesregierung Abt. IVW3, vom 21. Juli 2010, Zl. IVW3-A-3233701/006-2010, über das Ergebnis der durchgeführten Gebarungseinschau wird dem Gemeinderat durch Frau Lucia Mitterhöfer (Kassenverwaltung) vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge beschließen, zum Bericht des Amtes der NÖ Landesregierung folgende Stellungnahme abzugeben und die aufgrund des Überprüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen der Aufsichtsbehörde gem. § 89 Abs. 2 NÖ Gemeindeordnung 1973 mitzuteilen:

Mahnwesen

Es wird in Zukunft darauf geachtet früher exekutive Schritte einzuleiten.

Fertigstellungsmeldungen

Die letzten noch fehlenden Fertigstellungsanzeigen werden laufend aufgearbeitet und man bemüht sich um Unterstützung durch die Bezirkshauptmannschaft.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Verleihung des silbernen u. goldenen Ehrenzeichens

Sachverhalt:

Aufgrund der Richtlinien, welche vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 30.10.1995 festgelegt wurden, kommen folgende Personen für die Verleihung der Ehrenzeichen in Betracht:

gold: Hubert Schneider, (Bürgermeister außer Dienst), Marianne Straub (Bürgermeisterin außer Dienst), Karl Schremser (Vizebürgermeister außer Dienst), GR Gabrielle Volk, Herbert Leeb (Gemeinderat außer Dienst), GR Ida Theresia Eder

silber: Helmut Krispel (Gemeinderat außer Dienst), gf. GR Christian Grabenwöger, Gudrun Gregor (Gemeinderat außer Dienst)

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge laut beiliegender Liste die silbernen und goldenen Ehrenzeichen verleihen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Bestellung des Umweltgemeinderates gem. § 9 des NÖ Umweltschutzgesetzes

Sachverhalt:

In jeder Gemeinde sind zur Wahrung der Interessen des Umweltschutzes im eigenen Wirkungsbereich vom Gemeinderat aus seiner Mitte ein oder mehrere Umweltgemeinderätinnen bzw. Umweltgemeinderäte nach dem Verhältniswahlrecht zu bestellen.

Antrag der SPÖ:

Gemäß dem NÖ Umweltschutzgesetz wird laut dem Verhältniswahlrecht das Vorschlagsrecht zur Bestellung einer Umweltschutzgemeinderätin bzw. eines Umweltschutzgemeinderates zuerkannt. Aus diesem Grund soll gem. § 9 des NÖ Umweltschutzgesetzes Frau gf. GR Claudia Pusterhofer die Agenden als Umweltschutzgemeinderat wahr nehmen.

Begründung:

Frau gf. GR Claudia Pusterhofer ist die Obfrau des Ausschusses Wohnung und Umwelt. Die Agenden als Umweltschutzgemeinderat sollen diesem Ausschuss zugeordnet bleiben.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: dafür: SPÖ, BL, FPÖ, Bgm. Ing. Gustav Glöckler,
gf. GR Mohl, GR Volk, GR Pfaffelmaier
enthalten: UGI, GR Rinner

Gf. GR Claudia Pusterhofer nimmt das Amt an.

7. Ernennung: Jugendgemeinderat

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wöllersdorf-Steinabrückl soll aus seiner Mitte heraus Herrn GR Florian Pfaffelmaier zum Jugendgemeinderat ernennen.

Begründung:

GR Florian Pfaffelmaier ist derzeit der jüngste Gemeinderat in unserer Gemeinde aber auch über die Bezirksgrenzen hinaus. Er ist mit den örtlichen Gegebenheiten bestens vertraut und pflegt bereits jetzt schon beste Beziehungen zu jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserer Gemeinde. Der Gemeinderat könnte dadurch seine Vertrauensbasis zu jugendlichen und jungen Erwachsenen erheblich steigern. Das Zugeständnis an die Jugendlichen, „mitreden und mitbestimmen“ zu dürfen, zeigt den Jugendlichen, dass sie beachtet und ernst genommen werden.

Beschluss: Der Antrag wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis: dafür: ÖVP, UGI, GR Preinsperger,
GR Dkfm. Czujan
dagegen: SPÖ, Vbgm. Ebner, GR Ebner, GR Toth,
GR Fenz, gf. GR Pusterhofer, GR Postl

Antrag der Bürgerliste:

Der Gemeinderat möge beschließen, Herrn GR Marko Rinner zum Jugendgemeinderat zu ernennen, wobei sein Aufgabengebiet durch den Schulausschuss, Kindergärten und Jugend festgelegt werden soll.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig, mit Ausnahme von GR Rinner,
welcher sich der Stimme enthält

GR Marko Rinner bittet sich jedoch kurze Bedenkzeit aus. Es wird daher dieser Tagesordnungspunkt gegen Ende der Sitzung nochmals behandelt.

8. ABA Steinabrückl, Bauabschnitt 11, Kanalauswechslungen und Kanalsanierung; Auftragsvergabe (Angebot DI Micheljak vom 24.08.2010)

Sachverhalt:

Für die Sanierung des Kanals der ABA 11 Steinabrückl liegt seitens des Büros DI Micheljak ein Honorarangebot vom 24.08.2010 über die Ziviltechnikerleistungen vor. Die Kosten betragen € 39.417,71 (exkl. MwSt.).

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den Auftrag über die Ziviltechnikerleistungen für die Kanalsanierung an das Büro DI Micheljak (ABA Honorarermittlung vom 24.08.2010), € 39.417,71 (exkl. MwSt.) vergeben.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Petition des Gemeinderates an den Herrn Landeshauptmann und Frau Unterrichtsministerin bezüglich Unterstützungsansuchen der Eltern-Lehrer-Schüler-Initiative zur Erhaltung der Bildungsvielfalt in Wiener Neustadt

Sachverhalt:

Herr Franz Lechner, von der Eltern-Lehrer-Schülerinitiative der Bildungsvielfalt in Wiener Neustadt, gemeinsam mit dem Verein „Freunde der HLM und BAKIP“, ist an alle Bürgermeister der Region mit der Bitte heran getreten, entsprechende Schreiben an Frau Unterrichtsministerin Dr. Claudia Schmied und Herrn LH Dr. Erwin Pröll zu richten, oder Gespräche zu führen, um die Verhandlungen zur Übernahme der Schulen (HLW, HLM und BAKIP) durch den Bund zu unterstützen.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge beschließen, ob eine entsprechende Petition verfasst wird. Wenn ja, möge er beschließen, diese Angelegenheit dem Ausschuss für Schule, Kindergärten und Jugend, mit dem Auftrag, diese Petition zu verfassen, zuzuweisen.

Gegenantrag der ÖVP:

Sachverhalt:

Nachdem es sich in diesem Zusammenhang um eine sehr heikle und für unsere Bürger essentiell notwendige Angelegenheit handelt, welche gerade jetzt zu diesem Zeitpunkt aktuell ist, hat es wenig Sinn, wenn der Gemeinderat die Formulierung dieser Petition einen Ausschuss zuweist. Der Ausschuss müsste die Petition als Beschluss, so wie in der GO vorgesehen, im Wege des Gemeindevorstandes an den Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen. Die Zeit welche hier verstreichen würde, könnte letztendlich viel zu lange dauern und die Petition welche im wesentlichen Inhalt die Interessen unserer Bürger beinhaltet als zu spät abgefertigt werden was diese wiederum zwecklos machen würde.

Textvorschlag:

Betrifft: Schulübernahmen durch den Bund in der Stadt Wiener Neustadt

Sehr geehrte Frau Bundesminister Schmied!

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wöllersdorf-Steinabrückl im Bezirk Wiener Neustadt wendet sich wegen der laufenden Diskussionen rund um Schulschließungen in der Stadt Wiener Neustadt an Sie. Zahlreiche Jugendliche und Eltern in unserer Gemeinde sind wegen des Sparpakets in Wiener Neustadt, in dem die Schließung von drei Schulen zur Diskussion gestellt wurde, stark verunsichert. Bis jetzt war es der Fall, dass unseren Jugendlichen in der Region ein gesamthafte Bildungsangebot zur Verfügung steht. Aufgrund der großen finanziellen Probleme der Stadt Wiener Neustadt kann dieses Bildungsangebot anscheinend für die kommenden Jahren nicht garantiert werden.

Wir ersuchen Sie daher im Interesse der jungen Menschen in unserer Gemeinde für die betroffenen Schulen, nämlich die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik und das Kolleg für Kindergartenpädagogik, die Städtische Höhere Lehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik und die Städtische Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik, sowie der Städtische Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe und die Städtische Fachschule für wirtschaftliche Berufe den Prozess für die Übernahme durch den Bund einzuleiten.

Nur mit einer Übernahme der Schulen durch den Bund kann ein Fortbestand dieser Bildungseinrichtungen garantiert werden. Wir bitten Sie daher für Klarheit zu sorgen, damit Jugendliche und Eltern auch in Zukunft ein komplettes Bildungsangebot in unserer Region vorfinden können.

Mit freundlichen Grüßen

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Wöllersdorf-Steinabrückl

Kopie geht gleichfalls an den Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich.

Es wird daher der Gegenantrag gestellt die Petition sofort lt. vorstehender Textierung zu verabschieden.

Antrag der SPÖ:

Textvorschlag:

*Petition des Gemeinderates der Marktgemeinde Wöllersdorf-Steinabrückl vom
xx.xx.xxxx*

Betrifft: Erhaltung der Bildungsvielfalt in Wiener Neustadt

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Wir ersuchen Sie, alle Anstrengungen der Stadtgemeinde Wiener Neustadt, die Bildungsvielfalt vor Ort aufrecht zu erhalten, seitens des Bundes zu unterstützen. Die Stadtgemeinde Wiener Neustadt versucht alles, um selbigem Erhalt gerecht zu werden. Jedoch ohne maßgeblicher Unterstützung des Bundes wird dies nicht funktionieren. Da auch unsere Gemeinde Wöllersdorf-Steinabrückl von einem

etwaigen Wegfall von Bildungseinrichtungen in Wiener Neustadt betroffen ist, möchten wir Sie nochmals um Ihre geschätzte Unterstützung im Bezug auf den Erhalt der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen eindringlich ersuchen.

Es folgt rege Diskussion über die Durchführung dieser Angelegenheit. GR Bernadette Ebner merkt an, dass diese Petition keinen Kommentar zur finanziellen Situation der Stadt Wiener Neustadt enthalten soll. Abschließend wird von Bgm. Glöckler folgender Antrag formuliert:

Antrag des Bürgermeisters:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Bürgermeister aus den vorliegenden Anträgen und Formulierungen eine entsprechende Petition verfasst, ohne die finanzielle Situation der Stadt Wiener Neustadt zu erwähnen, diese den Klub-sprechern zur Unterzeichnung vorlegt und an die Unterrichtsministerin sowie an den Landeshauptmann versendet.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Endgültige Petition liegt im Original bei.

10. Entschärfung Verkehrssituation: Mitterweg / Daimlergasse

Sachverhalt:

Die Verkehrssituation im Bereich Mitterweg / Daimlergasse (Steinabrückl) ist derzeit nicht befriedigend, da der Verlauf der Straßen die Verkehrsteilnehmer dazu verleitet, die Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht einzuhalten. Aufgrund der zu hohen Geschwindigkeiten der Verkehrsteilnehmer, kommt es hier immer wieder zu Gefahren-situationen, die mit entsprechenden Mitteln vermieden bzw. reduziert werden sollten.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge beschließen, den Ausschuss für Bau- und Infrastruktur zu beauftragen, die Verkehrssituation Daimlergasse / Mitterweg (Steinabrückl) zu analysieren und entsprechende verkehrssicherheitstechnische Maßnahmen auszuarbeiten.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung von GR Nowak: Berichte der Ausschüsse über den Fortschritt der Beratungen sollten wenn möglich in der jeweils nächsten nicht öffentlichen GR-Sitzung erfolgen.

11. Vergabe von Asphaltierungsarbeiten:

- Mozartgasse
- Parkplatzherstellung Gemeindeganzlei

Sachverhalt:

Die Mozartgasse ist bereits in einem sehr schlechten Zustand und sollte ehest möglich

saniert werden. Der Grünstreifen vor der Gemeindekanzlei Steinabrückl sollte als Parkplatz für die Gemeindebürger umgestaltet werden. Es wurden drei Firmen zur Angebotslegung eingeladen. Wobei jeweils die Firmen Lang und Menhofer (Angebot vom 03.09.2010) und Firma Granit (Angebot vom 30.08.2010) als Billigstbieter aufscheinen.

Antrag des Bürgermeisters:

a) Der Gemeinderat möge beschließen die Gesamtsumme in der Höhe von € 15.899,04 von der HH – Stelle 5/6121-002 zu nehmen. Budget auf dieser HH-Stelle € 20.000,00.

b) Der Gemeinderat möge folgende Aufträge vergeben:

<u>Firma Granit:</u>	Mozartgasse	€ 6.334,31 (inkl. MwSt.)
<u>Firma Lang u. Menhofer:</u>	Parkplatzherstellung Gemeindekanzlei	€ 9.564,73 (inkl. MwSt.)

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Errichtung eines Kinderspielplatzes im Bereich der Michaelskapelle/Hillergrund in Steinabrückl

Sachverhalt:

Nachdem der Kinderspielplatz im Zentrum von Steinabrückl aufgrund des Neubaus KIGA Wassergasse entfernt wurde und im Umkreis eine hohe Bevölkerungsdichte herrscht, (Gemeindeobjekte) ist es unumgänglich, für eine Spielstätte zu sorgen. In diesem Zusammenhang könnte die Parkanlage bei der Michaelskapelle mit vorhandenem Teich wieder revitalisiert und sehr liebevoll in Verbindung eines Kinderspielplatzes gestalten werden.

Im Nachtragsvoranschlag 2010 sind unter dem Ansatz 1/815000-006000 entsprechende Mitteln vorgesehen.

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, im Bereich der Michaelskapelle /Hillergrund in Steinabrückl unter Einbeziehung/Revitalisierung des Parks samt Teichanlage einen neuen Kinderspielplatz zu errichten, sowie die Ausarbeitung des Projektes dem Ausschuss für Bau- und Infrastruktur zuzuweisen, welcher diese dem zuständigen Kollegialorgan bis spätestens Februar 2011 zur weiteren Entscheidung, vorzulegen hat.

Beschluss: Der Antrag wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

dafür:	ÖVP, UGI, GR Preinsperger
enthalten:	gf. GR Grabenwöger, gf. GR Heim, GR Schifer MSc, GR Schmidt, GR Schreiner, GR Gölles, Vbgm. Ebner, GR Ebner, GR Toth, GR Fenz, FPÖ
dagegen:	GR Opavsky, GR Waxhofer

13. Ortstaxisystem

Antrag der FPÖ:

Der Gemeinderat möge den Beschluss fassen, die Bearbeitung des Ortstaxisystems (Anrufsammeltaxi) dem Bau- und Infrastrukturausschuss zuzuweisen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: dafür: SPÖ, UGI, FPÖ, GR Preinsperger
enthalten: ÖVP, Vbgm. Ebner, GR Ebner, GR Toth, GR Fenz

Um 20:35 Uhr wird die Sitzung für eine kurze Pause unterbrochen und um 20:45 Uhr wieder fortgesetzt.

14. Betriebsansiedlung Klärschlamm-Verbrennungsanlage; Firma KALOGEO Anlagenbau GmbH

Sachverhalt:

Durch die Errichtung und den Betrieb der Klärschlamm-Verbrennungsanlage wird die Lebensqualität in unserer Gemeinde massiv negativ beeinträchtigt. Da es u. a. auch massive Anrainerproteste gibt, sehen wir uns bestärkt darin, nicht nur die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, sondern auch auf das Gesamtwohl unserer lebenswerten Gemeinde Bedacht zu nehmen.

Antrag der Bürgerliste:

Der Gemeinderat möge beschließen, alle rechtlichen Möglichkeiten und Rechtsmittel auszuschöpfen, um die Errichtung und den Betrieb der Klärschlamm-Verbrennungsanlage (Firma KALOGEO Anlagenbau GmbH) in Wöllersdorf-Steinabrückl zu untersagen bzw. zu verhindern.

Die Fraktion der ÖVP Wöllersdorf-Steinabrückl tritt diesem Antrag bei.

Zur gleichen Thematik bringt auch die SPÖ einen Dringlichkeitsantrag ein.

Antrag der SPÖ:

Der Gemeinderat möge sich klar und eindeutig zu der geplanten Errichtung einer Klärschlammverbrennungsanlage positionieren, und sich auf eine gemeinsame Linie einigen.

Position der SPÖ:

Die SPÖ Wöllersdorf-Steinabrückl befindet, dass die Lebensqualität in der Umgebung des Projektes definitiv eingeschränkt wird. Daher lehnt sie jedwede Unterstützung dieser Anlage ab, und ersucht den Gemeinderat, jedes Rechtsmittel zur Verhinderung dieser Anlage auszuschöpfen.

Die Fraktion der ÖVP Wöllersdorf-Steinabrückl tritt diesem Antrag bei.

Gemeinsam mit Bgm. Glöckler wird folgender gemeinsamer Antrag verfasst:

Der Gemeinderat möge beschließen, sich klar und deutlich gegen die Errichtung

einer Klärschlamm-Verbrennungsanlage innerhalb unserer KG-Grenzen zu positionieren. Er möge weiters beschließen, alle rechtlichen Möglichkeiten und Rechtsmittel auszuschöpfen und die Errichtung und den Betrieb der Klärschlamm-Verbrennungsanlage (Fa. KALOGEO Anlagenbau GmbH) zu untersagen bzw. zu verhindern. Der Bürgermeister ist beauftragt, einen Rechtsbeistand bei zu ziehen, wobei die Situation mit Dr. Häusler vorab zu besprechen ist. Gegebenenfalls sollen weitere Beschlüsse in dieser Angelegenheit im kurzen Wege dem Gemeindevorstand zugewiesen werden.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 7. Ernennung: Jugendgemeinderat (auf Wunsch des GR Marko Rinner rückgereiht)

GR Marko Rinner nimmt die Ernennung als Jugendgemeinderat an.

Anfragen des GR Dkfm. Richard Czujan an den Bürgermeister

- Verkehrssicherheitsmaßnahmen: Bundesstraße/Fischabergstraße

Aufgrund der letzten Verkehrsverhandlung und einem Lokalaugenschein ist der zuständige Sachverständige der Meinung, dass hier eine Vollsignalisierung nötig ist.

- Verkehrssicherheitsmaßnahmen: Kreuzung Badener Straße/Leopold Lehner-Straße und Radweg

Die Unfallprotokolle der Polizeiinspektion wurden dem Sachverständigen vorgelegt. Auch hier wurde dokumentiert, dass eine Vollsignalisierung sinnvoll ist.

Über den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit wird Bgm. Glöckler berichten.

- Gabe der Gemeinde zur Geburt/Auftrag an einen Ausschuss geplant?

Nach Meinung des Bürgermeisters stößt die derzeitige Regelung mit dem Gutschein in der Höhe von € 80,- großteils auf Zustimmung. Natürlich steht es dem zuständigen Ausschuss frei, diesbezüglich Beratungen durchzuführen.

Bgm. Ing. Gustav Glöckler bedankt sich bei den Zuschauern und schließt die öffentliche Gemeinderatssitzung um 21:20 Uhr.